

stellen die Handlungsfähigkeit, und somit die Selbstbestimmung, selbst der grossen Nationalstaaten in Frage.⁹⁴ Die Bedeutung dieser Prozesse variiert nach Politikbereichen und Ländern und ist besonders ausgeprägt in den westlichen Industriestaaten (der sog. «OECD-Welt»). Der Kleinstaat befindet sich dabei im allgemeinen in einem stärkeren Dilemma als ein grosses Land, denn er ist aufgrund seiner Abhängigkeit und seines Unvermögens, das internationale System nachhaltig zu beeinflussen, in besonderem Ausmass von externen Veränderungen betroffen. Der Kleinstaat ist darauf angewiesen, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um gewisse Leistungen erbringen zu können. Diese externe Arbeitsteilung hat jedoch eine erhöhte (Inter)dependenz und damit eine erhöhte Gefahr der Fremdbestimmung zur Folge, da sie die Autonomie staatlicher Entscheidungen in Frage stellt. Der Kleinstaat verfügt zudem über weniger Machtmittel, um sich gegen Bedrängnis von aussen zur Wehr zu setzen. Des weiteren dürfte bei einem kleinen Staatswesen die Schwelle des zu verteidigenden Bereichs der Selbstbestimmung schneller erreicht werden, einerseits zum Schutz der eigenen Identität, andererseits zur Bewahrung jener Rechtsetzungskompetenz, welche besondere Rahmenbedingungen oder Standortvorteile ermöglicht. Andererseits kommt für Kleinstaaten die Teilnahme an einem multilateralen Abkommen *de facto* einer Anerkennung seiner Souveränität gleich. Dieser souveränitätspolitische Nutzen ist allerdings nicht bei jedem Abkommen derselbe. Zusätzlich kann ein Kleinstaat eine bessere Streuung seiner Abhängigkeit anstreben, um beispielsweise seine Dependenz von einem grösseren Nachbarstaat zu verringern.⁹⁵

Während Selbst- und Mitbestimmung sich auf die rechtlichen und politischen Aspekte der Integration konzentrieren, wird die Frage der (Inter)dependenz hauptsächlich durch wirtschaftliche Indikatoren erfasst, beispielsweise durch den Handel mit einem Regime (vgl. Kap. 6.1.1). Im

⁹⁴ Zu dieser Debatte vgl. Beisheim/Walter 1997, 167–169; Grande/Risse 2000, 239–245. Nach Reinicke/Witte (1999, 344–346) stellt steigende Interdependenz die *externe* Handlungsfähigkeit von Staaten, also ihre Stellung im internationalen System in Frage, während Globalisierung ihre *interne* Handlungsfähigkeit herausfordert, indem sie die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Markt zugunsten von privaten Akteuren verändert.

⁹⁵ Riklin (1975, 25–26) spricht vom Beziehungsraum, welcher durch eine Konzentrations- oder Streuungsstrategie die Abhängigkeiten bzw. Einflüsse auf ganz wenige oder viele politische Einheiten verteilt.